

# 114. Deutscher Ärztetag im Zeichen von Harmonie und Vertrauen

Am 114. Deutschen Ärztetag in Kiel vom 30. Mai bis 3. Juni versicherten sich Politik und Ärzteschaft bei der Eröffnung einer neuen Vertrauenskultur und gaben sich in Harmonie. Auf der Arbeitstagung kam es gerade bei den ethischen Themen zu engagierten Debatten.

## Versorgungsstrukturgesetz

„Keiner, der ernst genommen werden will, leugnet noch, dass es Rationierung in der Versorgung gibt und einen Mangel an Arztstunden. Ganz im Gegenteil, der Wettbewerb um moderne Versorgungsformen ist das Gebot der Stunde. Das war noch vor wenigen Jahren undenkbar.“ Das sagte Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), bei der Eröffnung des 114. Deutschen Ärztetags in Kiel. In diesem Zusammenhang begrüßte der BÄK-Präsident die von der Bundesregierung vorgelegten Pläne für ein so genanntes Versorgungsstrukturgesetz grundsätzlich. „Wir finden dort Ideen wieder, die zukunftsfähig sind.“ Allerdings seien weitreichendere Reformen notwendig, um den grassierenden Ärztemangel in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Hoppe verwies in diesem Zusammenhang auf die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Ärztinnen und Ärzte in Klinik und Praxis ihrer täglichen Arbeit nachgehen müssten. „Zu oft noch sind Familie und Beruf nicht miteinander vereinbar. Und immer noch treibt der Bürokratielwahn selbst hartgesottene Ärzte frühzeitig aus der Niederlassung.“ Im Beisein von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr forderte Hoppe zudem eine stärkere Beteiligung der Ärztekammern bei der ärztlichen Bedarfsplanung im Versorgungsstrukturgesetz zu verankern. „Nur die Ärztekammern können das zentrale Bindeglied zwischen allen Ebenen der ärztlichen Versorgung bilden“. Dringend reformiert werden müsse nach den Worten Hoppes auch die amtliche Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), nach der privatärztliche Leistungen abgerechnet werden. „Zu lange schon bietet die GOÄ keine wirkliche Rechtssicherheit mehr und zu lange schon werden wir wegen der notwendigen Interpretationen und Analogbestimmungen in eine kriminelle Ecke gestellt“, kritisierte Hoppe.



Die neue Führungsspitze der BÄK: Vize Dr. Max Kaplan, Präsident Dr. Frank-Ulrich Montgomery und Vize Dr. Martina Wenker (v. li.).



Neuer BÄK-Vize – der BLÄK-Präsident Kaplan bei seiner Wahlrede in Kiel.

Die BÄK habe nach jahrelanger Vorarbeit hierfür einen betriebswirtschaftlich sauber kalkulierten Vorschlag gemacht. „Wir brauchen die Reform der GOÄ jetzt, in dieser Legislaturperiode, auf der Basis unseres Vorschlags und ohne Öffnungsklausel“, forderte Hoppe. Er appellierte bei der Ärztetagseröffnung aber auch an seine ärztlichen Kollegen, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Konkret forderte er die Ärztinnen und Ärzte zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit so genannten individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) auf. Hoppe betonte, es sei nicht immer leicht, „eine genaue Grenze zu ziehen, zwischen

dem, was medizinisch notwendig ist, und dem, was von den Patienten als Wunschleistung gefordert und auch noch ärztlich empfehlenswert und vertretbar ist“. Es dürfe aber auf gar keinen Fall der Eindruck entstehen, bei IGeL-Leistungen gehe es nur um zusätzliche Einnahmen. Merkantilen Irritationen in der Arztpraxis müsse mit allem Nachdruck begegnet werden. „Ich fordere alle meine Kollegen in den Ärztekammern auf, dies auf der Grundlage der 2006 vom Deutschen Ärztetag verabschiedeten Regeln für das Erbringen von IGeL-Leistungen mit aller Konsequenz zu verfolgen.“



Große Medienresonanz erfuhr die Auftaktveranstaltung im Kieler Schloss.



Bisheriger BÄK-Präsident, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe (li.), neu gewählter Präsident, Dr. Frank Ulrich Montgomery (re.) mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (Mitte).

## Ärztevergütung

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr will noch in dieser Legislaturperiode die neue GOÄ auf den Weg bringen. Das betonte der bis dato „19-Tage-Minister“ in seiner Debüt-Ärztetagsrede in Kiel. „Wir werden die Gebührenordnung nun – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – an den Stand der Wissenschaft anpassen“, kündigte Bahr an. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) wolle dieses Thema schnell anpacken. „Aus den Erfahrungen mit der Gebührenordnung für Zahnärzte wissen wir aber auch, dass der Zeitfaktor nicht allein in den Händen des BMG liegt, sondern auch in denen der anderen Beteiligten. Wir wollen unseren Beitrag leisten. Sie können auch Ihren Beitrag leisten“, sagte er den Delegierten. Er äußerte sich auch zur Ärztevergütung innerhalb des GKV-Systems: „Objektiv müssen wir feststellen, dass der Durchschnitt – auch im Vergleich zu anderen Akademikern – gut ist.“ Das System sei aber nicht transparent und auch nicht leistungsgerecht. Nachwuchsmediziner äußerten häufig Bedenken, dass es nicht honoriert werde, wenn sie sich anstrengen – was sie dann vom Arztberuf abschrecke. „Leistung muss sich aber lohnen, da dies uns immer wieder anspornt, mehr zu schaffen und besser zu werden. Aber wer nur nach Mittelmaß vergütet, kann keine Spitzenleistung bekommen.“ In diesem Punkt werde das neue Versorgungsstrukturgesetz ansetzen. „Es wird immer Verteilungskonflikte geben. Aber wir können die Sache fairer gestalten“, betonte Bahr. Das Gesetz biete weniger Zentralismus und mehr Freiheiten vor Ort. „Mit dem Strukturgesetz schaffen wir die Voraussetzungen, dass vor Ort wieder die Vergütung so verhandelt werden kann, wie es den Regionen entsprechend auch gerechtfertigt ist.“

Zum Thema Ärztemangel betonte Bahr, dass die Attraktivität des Arztberufes wieder dringend gestärkt werden müsse. „Die Diskussion, ob wir zu viele oder zu wenige Ärzte haben, ist eine Phantomdiskussion.“ Seit Jahren sei bekannt, dass es Über-, Unter- und Fehlversorgung gebe. Fakt sei, dass es die Krankenhäuser immer schwerer hätten, Stellen zu besetzen. Auch die Hausärzte hätten es immer schwerer, Nachfolger für ihre Praxen zu finden. „Mit Zwang und Planung werden wir diesem drohenden Ärztemangel aber nicht begegnen können. Wir müssen die richtigen Anreize setzen.“ Daran arbeite die Koalition. Deutschland brauche motivierte und engagierte Ärzte. Kliniken und Kassenärztliche Vereinigungen müssen, so Bahr, auch dafür sorgen, dass der Arztberuf mit einer Familiengründung vereinbar sei. Entscheidend bei der Bewerbersuche könne es beispielsweise für eine Klinik schon bald sein, ob sie vielleicht einen familiengerechteren Arbeitsplatz anbieten könne als ein Mitbewerber. Bahr betonte auch, dass die starre Sektorengrenze zwischen ambulant und stationär überwunden werden müsse. „Wir müssen dieses alte Denken – das ist mein Bereich und Geld und das ist dein Bereich und Geld – überwinden und gemeinsam daran arbeiten. Beide Bereiche sollten in den Wettbewerb um eine bessere Versorgung treten. In einer Region werden sich die Niedergelassenen durchsetzen, in anderen Regionen die Kliniken. Wir haben einen fairen Wettbewerb um eine bessere Versorgung“.

## Themen der Zeit

In engagierten Diskussionen fassten die Delegierten zahlreiche Beschlüsse zu sozial-, gesundheits- und berufspolitischen Themen. So

forderte der Ärztetag Korrekturen am Versorgungsstrukturgesetz und plädierte für eine stärkere Einbeziehung der Ärztekammern in die Bedarfsplanung. Bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) sprach sich der Ärztetag für eine Zulassung in engen Grenzen und unter kontrollierten Verfahrensvoraussetzungen aus. Die Delegierten unterstützten ein Memorandum zur PID, das eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Vorstands der BÄK und des wissenschaftlichen Beirats der BÄK erarbeitet hat. In Sachen Organspende plädierte das Parlament der Ärzte für eine Informations- und Selbstbestimmungslösung mit Erklärungspflicht. Dadurch würden die positiven Aspekte der derzeit geltenden Zustimmungslösung wie auch der so genannten Widerspruchslösung, bei der die nicht spendebereiten Bürger einer Organentnahme aktiv widersprechen müssen, konstruktiv aufgegriffen und zusammengeführt. Der Deutsche Ärztetag forderte die Regierung auf, die Reform der amtlichen GOÄ schnell auf den Weg zu bringen und noch in dieser Legislaturperiode zu implementieren, – und zwar ohne Öffnungsklausel. Die Delegiertenversammlung beschloss nach einer ausführlich geführten Debatte, die vor allem auch von bayerischen Delegierten mitgestaltet wurde, eine Neuformulierung der (Muster-)Berufsordnung (MBO), nach der Ärzte keine Hilfe zur Selbsttötung leisten dürfen. „Ärztinnen und Ärzte haben Sterbenden unter Wahrung ihrer Würde und unter Achtung ihres Willens beizustehen. Es ist ihnen verboten, Patienten auf Verlangen zu töten. Sie dürfen keine Hilfe zur Selbsttötung leisten“, so der Originaltext. Gerade die Nennung von Sterbebegleitung und Suizid in einem Atemzug empfanden viele Delegierte, auch die Delegierten Bayerns, unglücklich.



Der bayerische Delegierte, Dr. Joachim Calles, hob die grüne Karte als Zeichen der Zustimmung zum Tagesordnungspunkt Haushalt und Finanzen.



Der frisch gebackene BÄK-Vorstand: BÄK-Vize Dr. Martina Wenker, BÄK-Präsident Dr. Frank-Ulrich Montgomery, BÄK-Vize Dr. Max Kaplan, Rudolf Henke und Dr. Ellen Lundershausen (1. Reihe v. li.).

Foto: Dr. H. A. Messing

## Wahlen

Der Wahlärztetag Kiel bescherte der BÄK eine neue Führungsspitze. Neuer BÄK-Präsident ist Dr. Frank Ulrich Montgomery. Der Radiologe aus Hamburg trat die Nachfolge von Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe an, der nach zwölfjähriger Amtszeit nicht mehr antrat. Vizepräsidenten wurden Dr. Martina Wenker und Dr. Max Kaplan. Der Deutsche Ärztetag hat auch über die Besetzung der beiden „weiteren“ Vorstandsämter entschieden. In den Vorstand wiedergewählt wurden Rudolf Henke MdB (CDU) Bundesvorsitzender des Marburger Bundes sowie Dr. Ellen Lundershausen, Vizepräsidentin der Landesärztekammer Thüringen (wir berichteten). Neu gewählt wurden außerdem die Mitglieder für den Senat ärztliche Fortbildung, den Vorstand der Deutschen Akademie der Allgemeinärzte und den Vorstand der Deutschen Akademie der Gebietsärzte.

## Berufsordnung

Der Deutsche Ärztetag hat in Kiel einer umfassenden Novellierung der ärztlichen MBO zugestimmt. Damit wurde die MBO unter anderem an eine geänderte Rechtsprechung angepasst und die Vorgaben zu den ärztlichen Berufspflichten durch eine Neustrukturierung justiziabel gemacht. Angesichts der positiven Ergebnisse der Förderinitiative Versorgungsforschung der BÄK hat sich der 114. Deutsche Ärztetag für eine Fortführung des Projekts ausgesprochen. Basierend auf einem Beschluss des Ärztetags im vergangenen Jahr hat die BÄK

Eckpunkte für eine weitere Forschungsförderung konzipiert. Diese sollen nun umgesetzt werden. Der Fokus der neuen Initiative soll auf der Vergabe von Expertisen aufträgen sowie der Durchführung von Symposien mit begleitender Veröffentlichung weiterer Bände des „Report Versorgungsforschung“ liegen.

## Prävention

Das deutsche Ärzteparlament forderte, den ungleichen Gesundheitschancen für Kinder und Jugendliche entgegenzuwirken. Rund 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind übergewichtig, mehr als sechs Prozent sogar adipös und jedes fünfte Kind zeigt ein auffälliges Essverhalten. Dies geht aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS-Studie) hervor, einer Untersuchung, die von 2003 bis 2006 in Deutschland vorgenommen wurde. Angesichts dieser Zahlen hat der 114. Deutsche Ärztetag die Politik aufgefordert, gegenzusteuern. Würden belastende Faktoren frühzeitig erkannt, und würde auf medizinischer, familiärer und gesellschaftlicher Ebene interveniert, könne die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst werden, heißt es in dem Beschluss des Ärzteparlaments.

## Beschlüsse

Die Auswahl der Studienbewerber im Fach Medizin muss flexibler gestaltet werden. Dies forderten die Delegierten des 114. Deutschen

Ärztetags in Kiel. Die BÄK solle zudem die Medizinischen Fakultäten in die Pflicht nehmen, ihre jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten bei der Vergabe der Studienplätze sinnvoller zu nutzen als bisher. Bis zu 60 Prozent der Studienplätze in der Medizin könnten direkt über die Universitäten vergeben werden. Von dieser Möglichkeit machten die Fakultäten bisher jedoch nur unzureichend Gebrauch. Der Ärztetag beschloss ebenso Eckpunkte zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung und hat damit vor drohenden Versorgungsglücken in der hausärztlichen Versorgung gewarnt. Schon heute sind rund drei Viertel der rund 44.000 Hausärzte in Deutschland über 50 Jahre alt, die Zahl jüngerer Hausärzte ist seit Jahren rückläufig, sodass sich die Probleme bei der Nachbesetzung von Arztsitzen künftig noch verschärfen könnten. Die Delegierten haben aus diesem Grund gefordert, die Rahmenbedingungen für Hausärzte zu verbessern, und zwar durch finanzielle Anreize und die Entwicklung neuer Arbeits- und Niederlassungsmodelle.

Der 115. Deutsche Ärztetag findet von 22. bis 25. Mai 2012 in Nürnberg und der 116. von 28. bis 31. Mai 2013 in Hannover statt.

Dagmar Nedbal (BLÄK)